

# FOC-Kompromiss ist wohl gescheitert

**Gericht** Klagende Städte wollen Vergleichsangebot beim Montabaurer Fabrikverkauf nicht zustimmen – Urteil wird erwartet

Von unserem Redakteur  
Thorsten Ferdinand

**Montabaur.** Im Falle des geplanten Factory-Outlet-Centers (FOC) am Montabaurer ICE-Bahnhof wird das Oberverwaltungsgericht Koblenz voraussichtlich kommende Woche ein Urteil sprechen. Die Juristen hatten den beteiligten Städten einen Kompromiss angeboten, um den Rechtsstreit ohne Urteil beizulegen. Die Frist ist am gestrigen Mittwoch verstrichen. Bei Redaktionsschluss sprach alles dafür, dass der Vergleich nicht zustande kommen wird, denn die politischen Gremien der klagenden Städte Neuwied und Limburg hatten den Vorschlag bereits abgelehnt. Eine offizielle Stellungnahme des Gerichts gab es gestern allerdings noch nicht, da theoretisch ein Einlenken in letzter Minute denkbar wäre. Prozessbeobachter halten dies jedoch für äußerst unwahrscheinlich.

Neben Limburg und Neuwied hatte auch Koblenz gegen den Bau eines solchen Einkaufszentrums in Montabaur geklagt. Von dort gab es bislang keine offizielle Stellungnahme. Da die beiden anderen Städte den Vergleich bereits abgelehnt haben, sei eine Antwort der Koblenzer obsolet, erläuterte Pressesprecher Thomas Knaak im WZ-Gespräch. „Wir teilen dem Gericht deshalb mit, dass wir zum Vergleichsangebot keine Stellung nehmen werden.“



**Blick von der Autobahnabfahrt in Richtung ICE-Park: So soll das geplante Fabrikverkaufszentrum in Montabaur einmal aussehen. Noch ist jedoch unklar, ob es überhaupt gebaut werden darf.**

Bereits zuvor hatte Montabaur als einzige der beteiligten Kommunen Bereitschaft zur Zustimmung signalisiert. In den Augen der politisch Verantwortlichen in der Westerwälder Kreisstadt wäre der Vergleich ein sinnvoller Weg, den teuren Rechtsstreit zu beenden. Bürgermeister Edmund Schaaß

bemerkte allerdings einschränkend, dass Montabaur dem Kompromiss nur zustimmen werde, wenn alle Beteiligten einverstanden sind. Denn es sei sicherlich nicht sinnvoll, die Auflagen des Gerichts zu akzeptieren, wenn eine der anderen Städte den Rechtsstreit dennoch fortsetzen möchte.

Hintergrund: Das Koblenzer Gericht hatte den streitenden Städten beim Prozess Ende September einen Kompromiss vorgeschlagen. Koblenz, Neuwied und Limburg sollten ihre Klagen zurückziehen. Im Gegenzug hätten sie bis Ende 2016 überwachen dürfen, ob sich das FOC an gewisse Sortiments-

beschränkungen und die vereinbarte Verkaufsfläche (maximal 10 000 Quadratmeter) hält. Eine Erweiterung des Einkaufszentrums hätte nicht vor 2017 erfolgen dürfen. Zudem sollte die Stadt Montabaur erklären, dass sie nicht gegen die geplante Vergrößerung des Einkaufszentrums „Werkstadt“ in Limburg klagt. Das FOC soll etwa 50 Millionen Euro kosten. Potenzieller Investor ist der Internet-Unternehmer Ralph Dommermuth aus Montabaur (1&1).

Die klagenden Städte Neuwied und Limburg waren mit dem Vergleichsvorschlag nicht einverstanden. Der Kompromiss nutze aus ihrer Sicht vor allem den Montabaubern, die damit einen Einstieg in ein größeres Einkaufszentrum schaffen würden. Dies führe zu einem Abfluss von Kaufkraft in den Westerwald. Neuwieds Oberbürgermeister Nikolaus Roth warnte in diesem Zusammenhang vor „einem zweiten Mülheim-Kärlich“. Das dortige Industriegebiet ist inzwischen so groß, dass Koblenz und Neuwied Kaufkraft verloren haben. Montabaur hatte hingegen versichert, dass eine Erweiterung der Fläche nicht geplant sei.

Voraussichtlich am 15. November wird das Gericht nun ein Urteil sprechen. Ob dieser Richterspruch dann akzeptiert wird, bleibt jedoch abzuwarten. Prozessbeobachter halten es nicht für ausgeschlossen, dass Gegner des FOC das Verfahren bewusst verzögern wollen.